

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

N. 2006 — 4684

[C — 2006/33101]

28. SEPTEMBER 2006 — Erlass der Regierung zur Adoption

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Dekretes zur Adoption vom 21. Dezember 2005;

Auf Grund der Vereinbarung vom 4. November 2005 zwischen dem Kreis Aachen und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Zusammenarbeit in der Vorbereitung von Adoptionsbewerbern im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und des Kreises Aachen;

Auf Grund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 14. März 2006;

Auf Grund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 1. März 2006;

Auf Grund des Gutachtens Nr. 40.796/1/V des Staatsrates, das am 18. Juli 2006 in Anwendung von Artikel 84 Absatz 1 Nr. 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des für Soziales zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL I - *Begriffsbestimmung*

Artikel 1 - Bei der Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dekret: Dekret vom 21. Dezember 2005 zur Adoption;
2. Zusammenarbeitsabkommen: Zusammenarbeitsabkommen vom 12. Dezember 2005 zwischen dem zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission bezüglich der Umsetzung des Gesetzes vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption;
3. Internationale Adoption: jede einfache Adoption oder Volladoption einer Person,
 - a. die vom Herkunftsstaat nach Belgien gebracht worden ist, gebracht wird oder gebracht werden muss, entweder nach seiner Adoption in diesem Staat durch eine Person oder durch Personen, die ihren gewöhnlichen Wohnort in Belgien haben, oder im Hinblick auf eine derartige Adoption in Belgien oder in diesem Staat oder
 - b. die seinen gewöhnlichen Wohnort in Belgien hat und in einen anderen Staat gebracht worden ist, gebracht wird oder gebracht werden muss, entweder nach seiner Adoption in Belgien durch eine Person oder durch Personen, die ihren gewöhnlichen Wohnort in diesem anderen Staat haben, oder im Hinblick auf eine derartige Adoption in Belgien oder in diesem anderen Staat oder
 - c. die in Belgien wohnt, ohne ermächtigt zu sein, sich dort niederzulassen oder sich dort länger als drei Monate aufzuhalten, um durch eine Person oder durch Personen, die dort ihren gewöhnlichen Wohnort haben, adoptiert zu werden.
4. Interne Adoption: jede Adoption, die keine internationale Adoption ist;
5. Adoptionskandidaten: jede Person, die eine in Belgien oder im Ausland geborene Person adoptieren möchte;
6. Adoptierte: eine in Belgien oder im Ausland geborene Person, die adoptiert wurde;
7. Kind: Person unter 18 Jahren;
8. Minister: der für Jugendhilfe zuständige Minister;
9. Z.B.G.A.: Zentrale Behörde der Gemeinschaft für Adoption;
10. Vermittlungsdienste: die in Anwendung von Artikel 5, 16 oder 19, § 3, des Dekretes anerkannten Organisationen.

KAPITEL II - *Die Zentrale Behörde der Gemeinschaft für Adoption*

Art. 2 - §1. Innerhalb der Fachabteilung Beschäftigung, Gesundheit und Soziales wird in Anwendung von Artikel 3 und 4 des Dekretes die Zentrale Behörde der Gemeinschaft für Adoption eingesetzt.

§ 2. Die Z.B.G.A. setzt sich zusammen aus einer Leitung und einem Sozialdienst. Die mit der Leitung beauftragte Person muss über einen für die Funktion angebrachten Universitätsabschluss verfügen. Die mit den Aufgaben des Sozialdienstes beauftragte Person muss mindestens über das Diplom eines Graduates im sozialpsychologischem Bereich verfügen.

KAPITEL III - *Anerkennung und Bezuschussung der Vermittlungsdienste*

Art. 3 - §1. Der Antragsteller reicht einen Antrag auf Anerkennung in Anwendung von Artikel 5 des Dekretes bei der Z.B.G.A. ein.

Der Antrag enthält folgende Unterlagen:

1. Die Satzungen der Vereinigung;
2. Die Qualifikationen der Mitarbeiter;
3. Die Zusammensetzung des Verwaltungsrates;
4. Die Arbeitsmethode und Philosophie des Dienstes;
5. Angaben zur Infrastruktur des Dienstes.

§ 2. Der Dienst muss mindestens folgende Bedingungen erfüllen:

1. Die in Artikel 5, § 2 des Dekretes erwähnten Bedingungen nachweislich erfüllen;
2. In der Lage sein, auf Antrag der Zentralen Behörde das in Artikel 7 des Dekretes erwähnte Programm für die Vorbereitung der Adoptionskandidaten durchzuführen;
3. Die Vermittlung eines Kindes nach den Vorgaben, die in einem Vertrag zwischen der Regierung und dem Dienst festgelegt sind, zu gewährleisten;

4. Über einen qualifizierten Dienstleiter und eine multidisziplinäre Einheit verfügen. Diese Einheit muss sich aus Personen mit mindestens folgenden Qualifikationen zusammensetzen:

- a. Hochschulabschluss als Sozialassistent
- b. Lizenz in Psychologie
- c. Arztdiplom

5. Die Infrastruktur muss derart gestaltet sein, dass die Gespräche mit den Kandidaten, der Ursprungsfamilie, den Adoptierten in einem Rahmen stattfinden können, die den Schutz des Privatlebens gewährleisten;

6. Die individuellen Akten derart aufbewahrt werden, dass der Schutz des Privatlebens und die Konsultation der Akten durch die Betroffenen unter Einhaltung der in den Artikeln 368-6 und 368-7 des Zivilgesetzbuches festgelegten Vorgaben ermöglicht wird;

7. Die Räumlichkeiten müssen während mindestens 19 Stunden/Woche und an 3 Tagen der Wochen zugänglich sein;

8. Der Dienst gewährleistet eine telefonische Sprechstunde von mindestens 19 Stunden /Woche;

9. In der Lage sein mit der Zentralen Behörde die in Artikel 14 erwähnte postadoptive Betreuung sowohl der adoptierten Kinder, als auch der Adoptierenden zu gewährleisten.

§ 3. Für die Erfüllung der in §2 vorliegenden Artikels erwähnten Aufgaben kann die Regierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel einen Zuschuss gewähren, deren Höhe und Modalitäten in einem Vertrag zwischen der Regierung und dem anerkannten Dienst festgelegt ist.

KAPITEL IV - Vorbereitung der Adoptionskandidaten

Art. 4 - Die Z.B.G.A. wird in Anwendung von Artikel 4, 2. des Dekretes mit der Organisation der Vorbereitung der Adoptionskandidaten beauftragt.

Die Z.B.G.A. kann Dritte mit der Durchführung der Vorbereitung oder eines Teils dessen beauftragen unter anderen die in Artikel 3 vorliegenden Erlasses erwähnten anerkannten Vermittlungsdienste. Der Auftragnehmer muss belegen:

1. eine nützliche Erfahrung in der Ausbildung von Erwachsenen und in der Animation von Gruppen;
2. ein grundlegendes Wissen über die mit der Adoption verbundenen Bereiche, insbesondere der in Artikel 5, § 1 vorliegenden Erlasses festgelegten Themenschwerpunkte.

Das durch Dritte durchgeführte Programm muss zuvor von der Z.B.G.A. gutgeheißen werden.

Art. 5 - § 1. Unbeschadet Artikel 6 vorliegenden Erlasses umfasst die Vorbereitung einen kollektiven und einen individuellen Teil.

Der kollektive Teil umfasst ein Seminar von mindestens 20 Stunden in Form von Abendveranstaltungen und einem Wochenende. Für den kollektiven Teil dürfen höchstens 12 Ehepaare oder alleinstehende Kandidaten zugelassen werden.

Im Rahmen des kollektiven Teils müssen folgende Themen behandelt werden:

1. Die Information über das Adoptionsverfahren;
2. Die rechtlichen und anderen Folgen einer Adoption;
3. Die Möglichkeit und Nutzung einer post-adoptiven Beratung;
4. Das Adoptivkind in seinem Beziehungsgeflecht;
5. Störungsbilder und Fördermöglichkeiten;
6. Theorie und Praxis der Vermittlung ausländischer Adoptivkinder;
7. Erlebte Krisen eines Adoptivkindes;
8. Reflexion der eigenen Situation vor Aufnahme eines Kindes.

Der individuelle Teil beinhaltet die Beantwortung eines Fragebogens zur Lebensbeschreibung und wenigstens ein Gespräch, das von einem Psychologen geführt wird. Von diesem Gespräch wird ein Bericht erstellt, der sowohl für die Sozialuntersuchung als auch für die Vermittlung verwendet werden kann. Die Kandidaten werden über die Zweckbestimmung dieses Berichtes informiert.

§ 2. Für die Kandidaten die bereits einmal den in § 1 festgelegten kollektiven Teil absolviert haben und anschließend ein Kind adoptiert haben, ist der kollektive Teil für die Adoption weiterer Kinder nicht mehr verpflichtend. Das gemäß Artikel 7 des Dekretes verpflichtende Programm wird in dem in §1 erwähnten individuellen Teil behandelt. In jedem Falle findet wenigstens ein Gespräch am Wohnsitz der Kandidaten statt und beinhaltet auch die Thematik der Integration des/der bereits durch die Kandidaten Adoptierten.

§ 3. Die in Artikel 9 des Dekretes vorgesehene Kostenbeteiligung für den kollektiven Teil beträgt höchstens € 600, zuzüglich die Unterbringungskosten für das Wochenende. Wird die Vorbereitung durch Dritte organisiert, überweisen die Kandidaten den Unkostenbeitrag auf das vom Veranstalter angegebene Konto und zu dem von diesem angegebenen Zeitpunkt. Wird die Vorbereitung durch die Z.B.G.A. durchgeführt, legt diese die Zahlungsmodalitäten fest.

Die Kandidaten, die nicht an allen Teilen der Vorbereitung teilnehmen, haben kein Anrecht auf Rückerstattung des gezahlten Unkostenbeitrags.

Der individuelle Teil wird durch die Z.B.G.A. durchgeführt und ist kostenlos.

§ 3. Die Z.B.G.A. bestimmt den Veranstaltungsort, der sich außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft befinden kann.

Art. 6 - § 1. Für die Kandidaten, für die gemäß Artikel 346-2 des Zivilgesetzbuches die Sozialuntersuchung fakultativ ist, umfasst die Vorbereitung der Kandidaten zwei Teile:

Der erste Teil wird in individueller Form durchgeführt und entspricht dem in Artikel 5, § 1, Absatz 3 festgelegten Inhalt.

Der zweite Teil kann in kollektiver oder individueller Form durchgeführt werden und behandelt folgende Themen:

1. Die Information über das Adoptionsverfahren;

2. Die rechtlichen und anderen Folgen einer Adoption;
3. Die Möglichkeit und Nutzung einer post-adoptiven Beratung;
4. Das Adoptivkind in seinem Beziehungsgeflecht;
5. Störungsbilder und Fördermöglichkeiten

Wenn soziale Dienste in der Situation die das Kind betreffen bereits aktiv waren, kann die Z.B.G.A. diese Dienste in die Vorbereitung mit einbeziehen.

§ 2. Die in Artikel 9 des Dekretes vorgesehene Kostenbeteiligung für den zweiten Teil der Vorbereitung beträgt höchstens € 100. Die Z.B.G.A. legt die Zahlungsmodalitäten dieses Beitrages fest.

Der erste Teil der Vorbereitung wird durch die Z.B.G.A. durchgeführt und ist kostenlos.

Art. 7 - Nach Beendigung der in den Artikeln 5 und 6 erwähnten Vorbereitung stellt die Z.B.G.A. den Kandidaten, die an der gesamten Vorbereitung teilgenommen haben, eine Teilnahmebescheinigung gemäß dem in der Anlage 1 des Zusammenarbeitsabkommens aus.

Bei Abwesenheiten eines Kandidaten an mehr als einer von den in Artikel 5 festgelegten Abendveranstaltungen wird diese Bescheinigung nicht ausgestellt.

KAPITEL V - Die Sozialuntersuchung

Abschnitt I - Eignung der Adoptionskandidaten im Rahmen einer internen oder internationalen Adoption

Art. 8 - § 1. Die in den Artikeln 1231-6, Abs. 1 und 1231-29, Abs. 1 des Gerichtsgesetzbuches erwähnte Sozialuntersuchung wird durch den Sozialdienst der Z.B.G.A. durchgeführt.

§ 2. Diese Sozialuntersuchungen werden unter Einhaltung der in Artikel 4, 1° des Zusammenarbeitsabkommens festgelegten Vorgaben erstellt.

§ 3. Der Sozialdienst führt zur Erstellung der Sozialuntersuchung mindestens 2 Gespräche, wovon eines am Wohnort der Kandidaten stattfindet.

Für die Durchführung dieser Sozialuntersuchungen werden den Adoptionskandidaten keine Kosten in Rechnung gestellt. Ausschließlich Kosten, die durch die Beantragung erforderlicher zusätzlicher Gutachten bei spezialisierten Diensten oder Honorarkräften entstehen, werden den Adoptionskandidaten durch die Z.B.G.A. in Rechnung gestellt.

§ 4. In Anwendung von Artikel 10, Abs. 3 des Dekretes können folgende Dienste im Rahmen der Sozialuntersuchung vom Sozialdienst der Z.B.G.A. um eine Stellungnahme gebeten werden:

Der Veranstalter der in Artikel 4, Abs. 2 vorliegenden Erlasse erwähnten Vorbereitung;

Die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die soziale oder sozial-psychologische Beratung und Begleitung von Kindern, Jugendlichen oder Erwachsenen beauftragten Dienste;

Die durch die Konsultation dieser Dienste entstehenden Kosten werden den Adoptionskandidaten durch die Z.B.G.A. in Rechnung gestellt.

§ 5. Für die Ausstellung des in Artikel 5 des Zusammenarbeitsabkommens erwähnten Attestes bezeichnet die Z.B.G.A. den Hausarzt der Adoptionskandidaten. Sollte dieser Ablehnen oder die Z.B.G.A. Zweifel bezüglich der Neutralität in Bezug auf die Kandidaten dieses Arztes haben, bezeichnet die Z.B.G.A. einen anderen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätigen Allgemeinmediziner. Die vom Arzt diesbezüglich in Rechnung gestellten Kosten werden direkt von den Adoptionskandidaten gezahlt.

Abschnitt II - Adoptierbarkeit des Kindes im Rahmen einer internationalen Adoption

Art. 9 - §1. Die in den Artikeln 1231-35 des Gerichtsgesetzbuches erwähnte Sozialuntersuchung wird durch den Sozialdienst der Z.B.G.A. durchgeführt.

§ 2. Diese Sozialuntersuchungen werden unter Einhaltung der in Artikel 4, 2° des Zusammenarbeitsabkommens festgelegten Vorgaben erstellt.

§ 3. Der Sozialdienst führt zur Erstellung der Sozialuntersuchung mindestens 2 Gespräche wovon eines am Wohnort des Kindes stattfindet.

§ 4. In Anwendung von Artikel 10, Abs. 3 des Dekretes können die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die soziale oder sozial-psychologische Beratung und Begleitung von Kindern beauftragten Dienste im Rahmen der Sozialuntersuchung vom Sozialdienst der Z.B.G.A. um eine Stellungnahme gebeten werden:

Abschnitt III - Sozialuntersuchungen im Rahmen eines Berufsverfahrens

Art. 10 - Die in Artikel 1231-55 des Gerichtsgesetzbuches vorgesehenen Sozialuntersuchungen werden durch den Sozialdienst der Z.B.G.A. unter denen in den Artikeln 8 und 9 vorliegenden Dekretes erwähnten Bedingungen durchgeführt.

KAPITEL VI - Die Vermittlung

Art. 11 - Die in Artikel 12 des Dekretes erwähnte Information an die leiblichen Eltern wird im Auftrag der Z.B.G.A. durch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Beratung und Begleitung von Familien beauftragten Diensten gegeben. Die Eltern bestätigen auf einem von der Z.B.G.A. erstellten Modell den Erhalt dieser Informationen.

Art. 12 - Wenn Adoptionskandidaten in Anwendung von Artikel 16 oder 19, § 3 des Dekretes sich an einen Vermittlungsdienst einer anderen Gemeinschaft wenden und sich aufgrund von sprachlich bedingten Verständlichkeitschwierigkeiten von einer Person ihrer Wahl begleiten lassen, können die Adoptionskandidaten einen Antrag auf Rückerstattung der damit verbunden belegbaren und gerechtfertigten Kosten bis zu einem Höchstbetrag von € 150 für eine interne Adoption oder € 250 für eine internationale Adoption bei der Z.B.G.A. beantragen.

Art. 13 - § 1. Beantragen die Adoptionskandidaten eine Vermittlung in Anwendung von Artikel 17 oder 21 des Dekretes durch die Z.B.G.A., überweisen die Adoptionskandidaten nach den von der Z.B.G.A. festgelegten Modalitäten für die Bearbeitung der Akte einen Betrag in Höhe von € 1.000.

§ 2. Wird die Vermittlung in Anwendung von Artikel 17, § 5 des Dekretes durch die Z.B.G.A. im Rahmen einer Konvention weitergeführt, überweisen die

Adoptionskandidaten nach den von der Z.B.G.A. festgelegten Modalitäten eine Pauschalbetrag in Höhe von € 750.

§ 3. Wird die Vermittlung in Anwendung von Artikel 23, § 5 des Dekretes durch die Z.B.G.A. im Rahmen einer Konvention weitergeführt, überweisen die Adoptionskandidaten nach den von der Z.B.G.A. festgelegten Modalitäten eine Pauschalbetrag in Höhe von € 1500 wenn Übersetzungen aufgrund des ausgewählten Herkunftslandes erforderlich sind und € 750 wenn diese Übersetzungen nicht erforderlich sind.

KAPITEL VII - *Die post-adoptive Betreuung*

Art. 14 - § 1. Die Z.B.G.A. wird mit der Durchführung der post-adoptiven Betreuung beauftragt. Sie arbeitet bei Bedarf mit den anerkannten Vermittlungsstellen, die bei der Vermittlung des betroffenen Adoptivkindes interveniert sind zusammen. Die damit verbundenen Kosten werden den Adoptiveltern unbeschadet Artikel 26, § 2 des Dekretes bis zu einem Höchstbetrag von 200 € in Rechnung gestellt.

Art. 15 - In den Fällen, in denen Adoptiveltern eine post-adoptive Betreuung in der Form einer psycho-sozialen Beratung, Therapie oder einer Erziehungsberatung anfragen, werden sie von der Z.B.G.A. an eine in der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätigen Beratungsstelle weitergeleitet. Die Adoptiveltern entrichten die Kosten entsprechend den üblichen Tarifen dieser Einrichtungen.

KAPITEL VIII - *Aktenverwaltung, Archivierung und Akteneinsicht*

Art. 16 - § 1. Unbeschadet anders lautender zwingender Bestimmungen und unter Berücksichtigung von Artikel 368-7 des Zivilgesetzbuches werden die Informationen in Bezug auf eine Adoption in schriftlicher Form ausschließlich an andere Zentrale Behörden im In- und Ausland, auf Anfrage an die Staatsanwaltschaft oder an den Dienst, der die Vermittlung des Kindes gewährleistet hat, weitergeleitet.

§ 2. Den Adoptiveltern kann auf schriftliche Anfrage bei der Z.B.G.A. jederzeit Einsicht in die Dokumente der sie betreffenden Adoption gewährt werden. Dabei wird diese Information ausschließlich im Rahmen eines Gesprächs in den Räumlichkeiten der Z.B.G.A. weitergegeben.

§ 3. Dem Adoptierten können auf Anfrage in Anwendung von Artikel 368-6 des Zivilgesetzbuches im Rahmen eines Gesprächs mit dem Sozialdienst der Z.B.G.A. Informationen aus der ihn betreffenden Adoptionsakte weiter gegeben werden.

Die Adoptiveltern werden über diese Anfrage von der Z.B.G.A. informiert insofern der Adoptierte das Alter von 18 Jahren nicht erreicht hat.

Der Adoptierte kann sich bei dem Informationsgespräch von einer volljährigen Vertrauensperson seiner Wahl begleiten lassen.

KAPITEL IX - *Schlussbestimmungen*

Art. 17 - Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft.

Art. 18 - Der für Soziales zuständige Minister ist mit der Ausführung vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 28. September 2006

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Der Minister-Präsident, Minister für lokale Behörden

K.-H. LAMBERTZ

Der Vize-Ministerpräsident, Minister für Ausbildung und Beschäftigung,
Soziales und Tourismus

B. GENTGES

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2006 — 4684

[C - 2006/33101]

24 SEPTEMBRE 2006. — **Arrêté du Gouvernement relatif à l'adoption**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 21 décembre 2005 relatif à l'adoption;

Vu la convention relative à la coopération au niveau de la préparation des candidats adoptants ressortissant à la Communauté germanophone de Belgique et au Kreis d'Aix-La-Chapelle, conclue le 4 novembre 2005 entre le Kreis d'Aix-La-Chapelle et le Gouvernement de la Communauté germanophone;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 14 mars 2006;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 1^{er} mars 2006;

Vu l'avis du Conseil d'Etat n° 40.796/1/V, émis le 18 juillet 2006 en application de l'article 84, alinéa 1^{er}, 1°, des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Affaires sociales;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE 1^{er}. — *Définitions*

Article 1^{er}. Pour l'application du présent arrêté, l'on entend par :

1° décret : le décret du 21 décembre 2005 relatif à l'adoption;

2° accord de coopération : l'accord de coopération entre l'Etat fédéral, la Communauté flamande, la Communauté française, la Communauté germanophone et la Commission communautaire commune, relatif à la mise en oeuvre de la loi du 24 avril 2003 réformant l'adoption, conclu le 12 décembre 2005;

3° adoption internationale : toute adoption simple ou plénière d'une personne qui :

a) a été, est ou doit être déplacée de son état d'origine vers la Belgique soit à la suite de son adoption dans cet état par une ou plusieurs personnes dont la résidence habituelle se trouve en Belgique, soit en vue d'une telle adoption en Belgique ou dans cet état ou

b) a sa résidence habituelle en Belgique et a été, est ou doit être déplacée vers un autre état, soit à la suite de son adoption en Belgique par une ou plusieurs personnes dont la résidence habituelle se trouve dans cet autre état, soit en vue d'une telle adoption en Belgique ou dans cet autre état ou

c) réside en Belgique sans être autorisé à s'y établir ou à y séjourner plus de trois mois, pour y être adoptée par une personne ou des personnes qui y réside(nt) habituellement.

4° adoption interne : toute adoption autre qu'une adoption internationale;

5° candidat adoptant : toute personne qui souhaite adopter une personne née en Belgique ou à l'étranger;

6° adopté : personne née en Belgique ou à l'étranger et qui a été adoptée;

7° enfant : personne âgée de moins de 18 ans;

8° ministre : le ministre compétent en matière d'Aide à la Jeunesse;

9° autorité centrale : l'autorité centrale communautaire en matière d'adoption;

10° service de médiation : toute organisation agréée en application des articles 5, 16 ou 19, § 3, du décret.

CHAPITRE II. — *L'autorité Centrale Communautaire en Matière d'adoption*

Art. 2. § 1 - L'autorité centrale communautaire en matière d'adoption est instituée au sein de la Division « Emploi, Santé et Affaires sociales » en application des articles 3 et 4 du décret.

§ 2 - L'autorité centrale est composée d'une direction et d'un service social. La personne chargée de la direction doit être en possession d'un diplôme universitaire approprié. Celle chargée des missions du service social doit au moins être titulaire d'un graduat dans le domaine psycho-social.

CHAPITRE III. — *Agréation et Subventionnement des Services de Médiation*

Art. 3. § 1 - Le demandeur introduit une demande d'agrégation auprès de l'autorité centrale en application de l'article 5 du décret.

La demande comprend :

1° les statuts de l'association;

2° les qualifications des collaborateurs;

3° la composition du conseil d'administration;

4° la méthode de travail et la philosophie du service;

5° des données relatives à l'infrastructure du service.

§ 2 - Le service doit remplir au moins les conditions suivantes :

1° prouver qu'il remplit les conditions énoncées à l'article 5, § 2, du décret;

2° être en mesure de mettre en oeuvre le programme mentionné à l'article 7 du décret, destiné à la préparation des candidats-adoptants, à la demande de l'autorité centrale;

3° assurer le placement d'un enfant selon les prescriptions fixées dans un contrat conclu entre lui et le Gouvernement;

4° disposer d'un chef de service qualifié et d'une unité multidisciplinaire. Cette unité doit être composée de personnes possédant au moins les qualifications suivantes :

a) diplôme d'assistant social délivré par un établissement d'enseignement supérieur;

b) licence en psychologie;

c) diplôme de médecin;

5° l'infrastructure doit être aménagée de façon à ce que les entretiens avec les candidats adoptants, la famille d'origine et l'adopté puissent se dérouler dans un cadre garantissant la protection de la vie privée;

6° les dossiers personnels doivent être conservés de manière à garantir la protection de la vie privée et à permettre aux personnes concernées de consulter les dossiers dans le respect des articles 368-6 et 368-7 du Code civil;

7° les locaux doivent être accessibles pendant au moins 19 heures/semaine, à raison de 3 jours la semaine;

8° assurer une permanence téléphonique d'au moins 19 heures/semaine;

9° être en mesure d'assurer le suivi post-adoptif mentionné à l'article 14 tant des enfants adoptés que des candidats adoptants selon les prescriptions du présent arrêté.

§ 3 - Pour remplir les missions mentionnées au § 2 du présent article, le Gouvernement peut, dans les limites des crédits budgétaires disponibles, accorder un subside dont le montant et les modalités d'octroi sont fixés dans un contrat conclu entre lui et le service agréé.

CHAPITRE IV. — *Préparation des Candidats adoptants*

Art. 4. L'autorité centrale est chargée, en application de l'article 4, 2°, du décret d'organiser la préparation des candidats adoptants.

L'autorité centrale peut confier à des tiers, entre autres aux services de médiation agréés visés à l'article 3 du présent arrêté, tout ou partie de la préparation. Ces tiers doivent pouvoir justifier :

1° d'une expérience utile dans la formation d'adultes ou l'animation de groupes;

2° de connaissances de base dans les matières liées à l'adoption, notamment en ce qui concerne les points forts fixés dans l'article 5, § 1, du présent arrêté.

Le programme exécuté par des tiers doit être approuvé au préalable par l'autorité centrale.

Art. 5. § 1 - Sans préjudice de l'article 6 du présent arrêté, la préparation comprend une partie collective et une partie individuelle.

La partie collective comprend un séminaire d'au moins 20 heures organisé sous la forme de soirées et d'un week-end. Au maximum 12 couples ou personnes seules peuvent participer à la partie collective.

Dans le cadre de cette partie collective, les points forts suivants doivent être abordés :

- 1° l'information sur la procédure d'adoption;
- 2° les conséquences juridiques et autres de l'adoption;
- 3° la possibilité et l'utilité d'un suivi post-adoptif;
- 4° l'enfant adoptif et son réseau relationnel;
- 5° troubles et possibilités de soutien;
- 6° théorie et pratique du placement d'enfants adoptifs étrangers;
- 7° crises vécues par l'enfant adoptif;
- 8° réflexion sur la situation personnelle avant l'accueil d'un enfant.

La partie individuelle consiste à répondre à un formulaire portant sur une description de la vie et à avoir au moins un entretien avec un psychologue. Cet entretien donne lieu à un rapport pouvant être utilisé tant pour l'enquête sociale que pour la médiation. Les candidats adoptants sont informés de l'affectation donnée à ce rapport.

§ 2 - Les candidats adoptants qui ont déjà suivi une fois la partie collective déterminée au § 1^{er} et ont ensuite adopté un enfant ne doivent plus obligatoirement suivre cette partie collective pour adopter d'autres enfants. Le programme obligatoire mentionné à l'article 7 du décret est traité dans la partie individuelle mentionnée au § 1. Dans chaque cas, au moins un entretien a lieu au domicile du candidat adoptant, incluant la thématique de l'intégration du/des enfant(s) déjà adopté(s) par le candidat adoptant.

§ 3 - Pour la partie collective, la participation aux coûts prévue à l'article 9 du décret s'élève au maximum à 600, auxquels il faut ajouter les frais d'hébergement pour le week-end. Si la préparation est assurée par des tiers, les candidats adoptants virent le montant sur le compte et à la date que leur aura indiqués l'organisateur. Si la préparation est assurée par l'autorité centrale, c'est elle qui fixe les modalités de paiement.

Les candidats adoptants qui ne participent pas à toutes les parties de la préparation n'ont pas droit au remboursement du montant versé.

La partie individuelle est assurée gratuitement par l'autorité centrale.

§ 4 - L'autorité centrale détermine le lieu des séances, lesquelles peuvent se tenir en dehors de la Communauté germanophone.

Art. 6. § 1^{er} - En ce qui concerne les candidats adoptants pour lesquels l'enquête sociale est facultative conformément à l'article 346-2 du Code civil, la préparation comprend deux parties :

La première partie est réalisée sous forme individuelle et a le même contenu que celui déterminé à l'article 5, § 1^{er}, alinéa 3.

La seconde partie peut être réalisée de façon collective ou individuelle et traite les thèmes suivants :

- 1° l'information sur la procédure d'adoption;
- 2° les conséquences juridiques et autres de l'adoption;
- 3° la possibilité et l'utilité d'un suivi post-adoptif;
- 4° l'enfant adoptif et son réseau relationnel;
- 5° troubles et possibilités de soutien.

Si des services sociaux étaient déjà en charge de l'enfant, l'autorité centrale peut les impliquer dans la préparation.

§ 2 - Pour la seconde partie de la préparation, la participation aux coûts prévue à l'article 9 du décret est de maximum 100. L'autorité centrale fixe les modalités de paiement de ce montant.

La première partie de la préparation est assurée gratuitement par l'autorité centrale.

Art. 7. À l'issue de la préparation mentionnée aux articles 5 et 6, l'autorité centrale délivre aux candidats adoptants ayant participé à toute la préparation un certificat de participation conforme à celui figurant à l'annexe 1 de l'accord de coopération. Un candidat adoptant qui a été absent à plus d'une des séances organisées en soirée, telles que définies à l'article 5, ne reçoit pas ce certificat.

CHAPITRE V. — *L'enquête sociale*

Section 1. — Aptitude du candidat adoptant dans le cadre d'une adoption interne ou internationale

Art. 8. § 1^{er} - L'enquête sociale mentionnée aux articles 1231-6, alinéa 1^{er}, et 1231-29, alinéa 1^{er}, du Code judiciaire est réalisée par le service social de l'autorité centrale.

§ 2 - Ces enquêtes sociales sont réalisées dans le respect de l'article 4, 1°, de l'accord de coopération.

§ 3 - Pour mener l'enquête sociale, le service social procède à au moins deux entretiens, dont l'un a lieu au domicile du candidat adoptant.

Pour la réalisation de ces enquêtes sociales, aucun frais n'est porté au compte des candidats adoptants. Seuls les frais encourus pour la requête d'autres avis indispensables auprès de services spécialisés ou d'experts engagés à la prestation sont portés au compte des candidats adoptants par l'autorité centrale.

§ 4 - En application de l'article 10, alinéa 3, du décret, l'avis des services suivants peut être sollicité dans le cadre de l'enquête sociale réalisée par le service social de l'autorité centrale :

- l'organisateur de la préparation mentionnée à l'article 4, alinéa 2, du présent arrêté;
- les services chargés par la Communauté germanophone de la consultation et de la guidance sociale et psycho-sociale d'enfants, de jeunes ou d'adultes.

Les frais découlant de la consultation de ces services sont portés au compte des candidats adoptants par l'autorité centrale.

§ 5 - Pour établir l'attestation visée à l'article 5 de l'accord de coopération, l'autorité centrale désigne le médecin traitant des candidats adoptants. S'il refuse ou si l'autorité centrale doute de l'impartialité dudit médecin vis-à-vis des candidats adoptants, l'autorité centrale désigne un autre généraliste exerçant en Communauté germanophone. Les frais facturés par le médecin sont directement payés par les candidats adoptants.

Section 2. — Adoptabilité de l'enfant dans le cadre d'une adoption internationale

Art. 9. § 1^{er} - L'enquête sociale mentionnée aux articles 1231-35 du Code judiciaire est réalisée par le service social de l'autorité centrale.

§ 2 - Ces enquêtes sociales sont établies dans le respect de l'article 4, 2^o, de l'accord de coopération.

§ 3 - Pour établir l'enquête sociale, le service social procède à au moins deux entretiens, dont l'un a lieu au domicile de l'enfant.

§ 4 - En application de l'article 10, alinéa 3, du décret, l'avis des services chargés par la Communauté germanophone de la consultation et de la guidance sociale et psycho-sociale d'enfants, de jeunes ou d'adultes peut être sollicité dans le cadre de l'enquête sociale réalisée par le service social de l'autorité centrale.

Section 3. — Enquêtes sociales menées dans le cadre d'une procédure d'appel

Art. 10. Les enquêtes sociales prévues aux articles 1231-55 du Code judiciaire sont réalisées par le service social de l'autorité centrale dans les conditions mentionnées aux articles 8 et 9 du présent arrêté.

CHAPITRE VI. — *La Médiation*

Art. 11. Les informations aux parents d'origine, visées à l'article 12 du décret, sont communiquées sur ordre de l'autorité centrale par les services chargés par la Communauté germanophone de la consultation et de la guidance de familles. Les parents en confirment la réception au moyen d'un modèle établi par l'autorité centrale.

Art. 12. Si, en application des articles 16 ou 19, § 3, du décret, des candidats adoptants s'adressant à un service de médiation d'une autre communauté éprouvent des difficultés de compréhension dues à la langue et se font dès lors accompagner par une personne de leur choix, ils peuvent solliciter auprès de l'autorité centrale le remboursement des frais y afférents, prouvés et justifiés, à concurrence de 150 pour une adoption interne ou de 250 pour une adoption internationale.

Art. 13. § 1^{er} - Si les candidats adoptants sollicitent, en application de l'article 17 ou 21 du décret, une médiation assurée par l'autorité centrale, ils virent selon les modalités fixées par l'autorité centrale un montant de 1000 pour le traitement des dossiers.

§ 2 - Lorsque l'autorité centrale poursuit la médiation dans le cadre d'une convention, en application de l'article 17, § 5, du décret, les candidats adoptants virent selon les modalités fixées par l'autorité centrale un montant forfaitaire de 750.

§ 3 - Lorsque l'autorité centrale poursuit la médiation dans le cadre d'une convention, en application de l'article 23, § 5, du décret, les candidats adoptants virent, selon les modalités fixées par l'autorité centrale, un montant forfaitaire de 1500 si des traductions s'avèrent nécessaires en raison du pays d'origine choisi et 750 si ces traductions ne sont pas nécessaires.

CHAPITRE VII. — *Le suivi post-adoptif*

Art. 14. § 1^{er} - L'autorité centrale est chargée d'assurer le suivi post-adoptif. Elle collabore au besoin avec les services de médiation agréés intervenus lors de la médiation effectuée pour l'enfant adoptif concerné. Sans préjudice de l'article 26, § 2, du décret, les frais y afférents sont portés au compte des parents adoptifs à concurrence de 200.

Art. 15. Dans les cas où les parents adoptifs requièrent un suivi post-adoptif se présentant sous la forme d'une consultation ou d'une thérapie psychosociale voire d'une consultation éducative, ils sont orientés par l'autorité centrale vers un service de consultation actif en Communauté germanophone. Les parents adoptifs acquittent les frais y afférents aux taux habituellement pratiqués dans ces services.

CHAPITRE VIII. — *Gestion, archivage et consultation des dossiers*

Art. 16. § 1^{er} - Sans préjudice de dispositions contraignantes contraires et dans le respect de l'article 368-7 du Code civil, les informations relatives à une adoption ne sont transmises par écrit à d'autres autorités centrales en Belgique et à l'étranger que sur demande adressée au parquet ou au service ayant assuré le placement de l'enfant.

§ 2 - Sur demande écrite adressée à l'autorité centrale, les parents adoptifs peuvent en tout temps consulter les documents relatifs à l'adoption les concernant; les informations ne leurs sont transmises que dans le cadre d'un entretien ayant lieu dans les locaux de l'autorité centrale.

§ 3 - En application de l'article 368-6 du Code civil, des informations contenues dans le dossier d'adoption le concernant peuvent, sur demande, être transmises à l'adopté dans le cadre d'un entretien avec le service social de l'autorité centrale.

Les parents adoptifs sont informés de cette demande par l'autorité centrale dans la mesure où l'adopté n'a pas atteint l'âge de 18 ans.

Pour l'entretien d'information, l'adopté peut se faire accompagner d'une personne majeure de son choix.

CHAPITRE IX. — *Dispositions finales*

Art. 17. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption.

Art. 18. Le Ministre compétent en matière d'Affaires sociales est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 28 septembre 2006.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

Le Vice-Ministre-Président, Ministre de la Formation
et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme,
B. GENTGES

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2006 — 4684

[C — 2006/33101]

24 SEPTEMBER 2006. — Besluit van de Regering betreffende de adoptie

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 21 december 2005 betreffende de adoptie;

Gelet op de overeenkomst betreffende de samenwerking op het gebied van de voorbereiding van de kandidaat-adoptanten ressorterend onder de Duitstalige Gemeenschap en de Kreis Aken, afgesloten tussen de Kreis Aken en de Duitstalige Gemeenschap op 4 november 2005;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 14 maart 2006;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 1 maart 2006;

Gelet op het advies nr. 40.796/1/V van de Raad van State, gegeven op 18 juli 2006 met toepassing van artikel 84, lid 1, 1°, van de gecoördineerde wetten op de Raad van State;

Op de voordracht van de Minister bevoegd inzake Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — *Definities*

Artikel 1. Voor de toepassing van voorliggend besluit dient te worden verstaan onder :

1° decreet : het decreet van 21 december 2005 betreffende de adoptie;

2° samenwerkingsakkoord : het samenwerkingsakkoord van 12 december 2005 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Duitstalige Gemeenschap en de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, inzake de tenuitvoerlegging van de wet van 24 april 2003 tot hervorming van de adoptie;

3° interlandelijke adoptie : elke gewone of volle adoptie van een persoon die

a) van zijn staat van herkomst door één of meerdere personen naar België is, wordt of moet worden gebracht, zij het na haar adoptie in deze staat door één of meerdere personen die haar/hun gebruikelijke woonplaats in België heeft/hebben of met het oog op een dergelijke adoptie in België of in deze staat, of

b) die haar gebruikelijke woonplaats in België heeft en naar een andere staat is, wordt of moet worden gebracht, zij het na haar adoptie in België door één of meerdere personen die haar/hun gebruikelijke woonplaats in deze andere staat heeft/hebben, of met het oog op een dergelijke adoptie in België of in deze andere staat, of

c) die in België verblijft, zonder gemachtigd te zijn er zich te vestigen of er langer dan drie maanden te verblijven, ten einde er te worden geadopteerd door één persoon of meerdere personen die er haar/hun gewone verblijfplaats heeft/hebben;

4° interne adoptie : elke andere adoptie dan een interlandelijke adoptie;

5° kandidaat-adoptant : elke persoon die een in België of in het buitenland geboren persoon wenst te adopteren;

6° geadopteerde : een persoon, geboren in België of in het buitenland, die geadopteerd is;

7° kind : persoon onder 18 jaar;

8° minister : de minister bevoegd inzake hulpverlening aan de jeugd;

9° centrale autoriteit : de centrale autoriteit van de Gemeenschap inzake adoptie;

10° bemiddelingsdienst : elke met toepassing van de artikelen 5, 16 of 19, § 3, van het decreet erkende organisatie.

HOOFDSTUK II. — *De centrale autoriteit van de gemeenschap inzake adoptie*

Art. 2. § 1 - Met toepassing van de artikelen 3 en 4 van het decreet wordt de centrale autoriteit van de Gemeenschap inzake adoptie binnen de Afdeling «Tewerkstelling, Gezondheid en sociale Aangelegenheden» opgericht.

§ 2 - De centrale autoriteit bestaat uit een directie en een sociale dienst. De persoon belast met de directie moet een met de functie overeenstemmend universitair diploma bezitten. De persoon belast met de opdrachten van de sociale dienst moet ten minste houder zijn van een diploma van gegradueerde op psycho-sociaal gebied.

HOOFDSTUK III. — *Erkenning en subsidiëring van de bemiddelingsdiensten*

Art. 3. § 1 - Met toepassing van artikel 5 van het decreet dient de aanvrager een aanvraag tot erkenning bij de centrale autoriteit in.

De aanvraag omvat :

1° de statuten van de vereniging;

2° de kwalificaties van de medewerkers;

3° de samenstelling van de raad van beheer;

4° de werkwijze et de filosofie van de dienst;

5° inlichtingen m.b.t. de infrastructuur van de dienst.

§ 2 - De dienst moet ten minste aan volgende voorwaarden voldoen :

1° kunnen bewijzen dat hij aan de in artikel 5, § 2, van het decreet vermelde voorwaarden voldoet;

2° in staat zijn op verzoek van de centrale autoriteit het in artikel 7 van het decreet bedoeld programma met het oog op de voorbereiding van de kandidaat-adoptanten uit te voeren;

3° voor de plaatsing van een kind zorgen overeenkomstig de voorschriften vastgelegd in een met de Regering gesloten verdrag;

4° over een gekwalificeerd diensthoofd en een multidisciplinair team beschikken. Het team moet uit personen bestaan die ten minste de volgende kwalificaties bezitten :

- a) een diploma van maatschappelijk assistent, uitgeleverd door een inrichting van het hoger onderwijs;
- b) licentiaat in psychologie;
- c) artsdiploma;

5° de infrastructuur wordt zodanig ingericht dat de gesprekken met de kandidaat-adoptanten, de oorspronkelijke familie en de geadopteerden in een kader dat de bescherming van de persoonlijke levenssfeer waarborgt, kunnen verlopen;

6° de individuele dossiers worden zodanig bewaard dat de bescherming van de persoonlijke levenssfeer wordt gewaarborgd en de betrokkenen de dossiers kunnen inzien met inachtneming van de artikelen 368-6 en 368-7 van het Burgerlijk Wetboek;

7° de lokalen moeten tijdens ten minste 19 uren/week, verspreid over drie dagen per week, toegankelijk zijn;

8° voor een telefonische wachtdienst tijdens ten minste 19 uren/week zorgen;

9° in staat zijn met de centrale autoriteit de in artikel 14 vermelde nazorg na de adoptie van het geadopteerde kind en van de kandidaat-adoptanten te nemen.

§ 3 - Om de in § 2 van dit artikel vermelde opdrachten te vervullen, kan de Regering in het kader van de beschikbare begrotingskredieten een toelage toekennen waarvan het bedrag en de toekenningsmodaliteiten in een contract afgesloten met de Dienst worden vastgelegd.

HOOFDSTUK IV. — *Voorbereiding van de kandidaat-adoptanten*

Art. 4. Met toepassing van artikel 4, 2°, van het decreet wordt de centrale autoriteit ermee belast de voorbereiding van de kandidaat-adoptanten te organiseren.

De centrale autoriteit kan derden, o.a. de in artikel 3 van dit besluit vermelde bemiddelingsdiensten, met het geheel of een deel van de voorbereiding belasten. Deze derden moeten het bewijs leveren van :

1° een nuttige ervaring in de opleiding van volwassenen of de animatie van groepen;

2° een basiskennis in de aangelegenheden in verband met de adoptie, inzonderheid wat de in artikel 5, § 1, van dit besluit vastgelegde sterke punten betreft.

Het door derden uitgevoerde programma moet vooraf door de centrale autoriteit worden goedgekeurd.

Art. 5. § 1 - Onverminderd artikel 6 van dit besluit omvat de voorbereiding een collectief en een individueel gedeelte.

Het collectief gedeelte omvat een seminarie van ten minste 20 uren georganiseerd in de vorm van avondvergaderingen en van een weekeinde. Tot het collectief gedeelte worden ten hoogste 12 echtparen of alleenstaande personen toegelaten.

In het kader van dit collectief gedeelte moeten volgende thema's worden behandeld :

1° inlichtingen over de adoptieprocedure;

2° de juridische en andere gevolgen van een adoptie;

3° de mogelijkheid en het nut van nazorg na de adoptie;

4° het geadopteerd kind en zijn relatiekring;

5° stoornissen en ondersteuningsmogelijkheden;

6° theorie en praktijk op het vlak van de plaatsing van buitenlandse geadopteerde kinderen;

7° door het geadopteerd kind ervaren crisissituaties;

8° reflectie over de eigen situatie vóór de opvang van een kind.

Het individueel gedeelte bestaat in het invullen van een formulier houdende een levensbeschrijving en in ten minste één gesprek met een psycholoog. Op basis van dit gesprek wordt een verslag opgesteld dat zowel voor het maatschappelijk onderzoek als voor de bemiddeling kan worden gebruikt. De kandidaat-adoptanten worden over de bestemming van dit verslag geïnformeerd.

§ 2 - De kandidaat-adoptanten die al een keer het in § 1 vastgelegd collectief gedeelte hebben gevolgd en daarna een kind hebben geadopteerd, hoeven voor de adoptie van andere kinderen het collectief gedeelte niet meer te volgen. Het verplicht programma, zoals bepaald in artikel 7 van het decreet, wordt in het in § 1 vermeld individueel gedeelte behandeld. In elk geval wordt ten minste een gesprek op de woonplaats van de kandidaat-adoptant gevoerd, o.a. over de thematiek van de integratie van het/de al door de kandidaat-adoptant geadopteerd(e) kind(eren).

§ 3 - Wat het collectief gedeelte betreft, belooft de in artikel 9 van het decreet bepaalde kostenbijdrage ten hoogste 600, plus de verblijfkosten voor het weekeinde. Wordt de voorbereiding door derden georganiseerd, storten de kandidaat-adoptanten het bedrag op het konto en op het tijdstip die hen door de organisator worden gegeven. Wordt de voorbereiding door de centrale autoriteit uitgevoerd, legt deze de betalingsmodaliteiten vast.

De kandidaat-adoptanten die niet aan alle gedeelten van de voorbereiding deelnemen, hebben geen recht op de terugbetaling van het betaalde bedrag.

Het individueel gedeelte wordt door de centrale autoriteit gratis uitgevoerd.

§ 4 - De centrale autoriteit bepaalt het oord van de vergaderingen, welke ook buiten de Duitstalige Gemeenschap plaats kunnen vinden.

Art. 6. § 1 - Wat de kandidaat-adoptanten betreft voor wie het maatschappelijk onderzoek overeenkomstig artikel 346-2 van het Burgerlijk Wetboek niet verplicht is, omvat de voorbereiding twee gedeelten.

Het eerste gedeelte geschiedt individueel en stemt overeen met de in artikel 5, § 1, lid 3, vastgelegde inhoud.

Het tweede gedeelte geschiedt collectief of individueel en behandelt de volgende thema's :

1° inlichtingen over de adoptieprocedure;

2° de juridische en andere gevolgen van een adoptie;

3° de mogelijkheid en het nut van nazorg na de adoptie;

4° het geadopteerd kind en zijn relatiekring;

5° stoornissen en ondersteuningsmogelijkheden.

Indien sociale diensten al belast waren met de toestand van het kind, kunnen ze door de centrale autoriteit in de voorbereiding worden betrokken.

§ 2 - Wat het tweede gedeelte van de voorbereiding betreft, beloopt de in artikel 9 van het decreet bepaalde kostenbijdrage ten hoogste 100. De centrale autoriteit legt de betalingsmodaliteiten van dit bedrag.

Het eerste gedeelte van de voorbereiding wordt door de centrale autoriteit gratis uitgevoerd.

Art. 7. Na het einde van de in de artikelen 5 en 6 vermelde voorbereiding levert de centrale autoriteit aan de kandidaat-adoptanten die de hele voorbereiding hebben meegemaakt een deelnemingsattest af overeenkomstig het model opgenomen in bijlage 1 van het samenwerkingsakkoord. De kandidaat-adoptant die op meer dan één der in artikel 5 vastgelegde avondvergaderingen afwezig was, verkrijgt deze attest niet.

HOOFDSTUK V. — *Het maatschappelijk onderzoek*

Afdeling 1. — Geschiktheid van de kandidaat-adoptant in het kader van een interne of van een interlandelijke adoptie

Art. 8. § 1 - Het in de artikelen 1231-6, lid 1, en 1231-29, lid 1, van het Gerechtelijk Wetboek vermeld maatschappelijk onderzoek wordt door de sociale dienst van de centrale autoriteit uitgevoerd.

§ 2 - Deze maatschappelijke onderzoeken worden met inachtneming van artikel 4, 1°, van het samenwerkingsakkoord uitgevoerd.

§ 3 - Met het oog op het maatschappelijk onderzoek voert de sociale dienst ten minste twee gesprekken, waarvan één op de woonplaats van de kandidaat-adoptant plaatsvindt.

Voor de uitvoering van deze maatschappelijke onderzoeken worden geen kosten ten laste van de kandidaat-adoptanten gelegd. Slechts de kosten die ontstaan zijn om noodzakelijke bijkomende adviezen in te winnen bij gespecialiseerde diensten of bij deskundigen die per prestatie aangeworven worden, worden door de centrale autoriteit ten laste van de kandidaat-adoptanten gelegd.

§ 4 - Voor het maatschappelijk onderzoek kan de sociale dienst van de centrale autoriteit met toepassing van artikel 10, lid 3, van het decreet het advies van de volgende diensten inwinnen :

- de organisator van de in artikel 4, lid 2, van dit besluit vermelde voorbereiding;

- de diensten die door de Duitstalige Gemeenschap belast zijn met de sociale en psychosociale consultatie en begeleiding van kinderen, jongeren en volwassenen.

De door de raadpleging van deze diensten ontstane kosten worden door de centrale autoriteit ten laste van de kandidaat-adoptanten gelegd.

§ 5 - Om het in artikel 5 van het samenwerkingsakkoord bedoeld attest op te stellen, wijst de centrale autoriteit de huisarts van de kandidaat-adoptanten aan. Weigert deze arts of twijfelt de centrale autoriteit aan zijn onpartijdigheid ten opzichte van de kandidaat-adoptanten, dan wijst de centrale autoriteit een andere algemeen geneeskundige werkzaam in de Duitstalige Gemeenschap aan. De door de arts gefactureerde kosten worden rechtsreeks door de kandidaat-adoptanten betaald.

Afdeling II. — Adopteerbaarheid van het kind in het kader van een interlandelijke adoptie

Art. 9. § 1 - Het in de artikelen 1231-35 van het Gerechtelijk Wetboek vermeld maatschappelijk onderzoek wordt door de sociale dienst van de centrale autoriteit uitgevoerd.

§ 2 - Deze maatschappelijke onderzoeken worden met inachtneming van artikel 4, 2°, van het samenwerkingsakkoord uitgevoerd.

§ 3 - Met het oog op de uitvoering van het maatschappelijk onderzoek voert de sociale dienst ten minste twee gesprekken, waarvan één op de woonplaats van het kind plaatsvindt.

§ 4 - Met toepassing van artikel 10, lid 3, van het decreet kunnen de diensten die door de Duitstalige Gemeenschap belast zijn met de sociale en psychosociale consultatie en begeleiding van kinderen, jongeren en volwassenen in het kader van het maatschappelijk onderzoek door de sociale dienst van de centrale autoriteit om advies gevraagd worden.

Afdeling III. — Maatschappelijke onderzoeken in het kader van een beroepsprocedure

Art. 10. De in de artikelen 1231-55 van het Gerechtelijk Wetboek bedoelde maatschappelijke onderzoeken worden door de sociale dienst van de centrale autoriteit onder de in de artikelen 8 en 9 van dit besluit vermelde voorwaarden uitgevoerd.

HOOFDSTUK VI. — *De bemiddeling*

Art. 11. De inlichtingen bedoeld in artikel 12 van het decreet worden in opdracht van de centrale autoriteit aan de afstandouders verstrekt door de diensten die in de Duitstalige Gemeenschap belast zijn met de consultatie en de begeleiding van gezinnen. De ouders bevestigen de ontvangst ervan d.m.v. een door de centrale autoriteit opgesteld model.

Art. 12. Als kandidaat-adoptanten met toepassing van de artikelen 16 of 19, § 3, van het decreet een beroep doen op de bemiddelingsdienst van een andere Gemeenschap en zich, op grond van aan taal gerelateerde begripsproblemen, door een persoon naar keuze laten begeleiden, kunnen ze bij de centrale autoriteit de terugbetaling van de daardoor ontstane - bewezen en gerechtvaardigde - kosten aanvragen, en dit tot een bedrag van maximum 150 in het kader van een interne adoptie of van 250 in het kader van een interlandelijke adoptie.

Art. 13. § 1 - Doen de kandidaat-adoptanten met toepassing van de artikelen 17 of 21 van het decreet een beroep op een door de centrale autoriteit uitgevoerde bemiddeling, dan storten ze onder de door de centrale autoriteit vastgelegde modaliteiten een bedrag van 1000 voor de behandeling van de dossiers.

§ 2 - Wordt de bemiddeling met toepassing van artikel 17, § 5, van het decreet door de centrale autoriteit in het kader van een overeenkomst voortgezet, dan storten de kandidaat-adoptanten onder de door de centrale autoriteit vastgelegde modaliteiten een forfaitair bedrag van 750.

§ 3 - Wordt de bemiddeling met toepassing van artikel 23, § 5, van het decreet door de centrale autoriteit in het kader van een overeenkomst voortgezet, dan storten de kandidaat-adoptanten onder de door de centrale autoriteit vastgelegde modaliteiten een forfaitair bedrag van 1500, als vertalingen op grond van het land van oorsprong noodzakelijk zijn, en van 750, als deze vertalingen niet noodzakelijk zijn.

HOOFDSTUK VII. — *Nazorg na de adoptie*

Art. 14. § 1 - De centrale autoriteit is met de nazorg na de adoptie belast. Zo nodig werkt ze met de erkende bemiddelingsdiensten samen die bij de bemiddeling van het betrokken geadopteerd kind zijn opgetreden. Onverminderd artikel 26, § 2, van het decreet, worden de desbetreffende kosten tot een bedrag van maximum 200 ten laste van de adoptieve ouders gelegd.

Art. 15. Wanneer de adoptieve ouders een nazorg na de adoptie in de vorm van een psychosociaal consult, van een psychosociale therapie of van een opvoedingsconsult aanvragen, worden ze door de centrale autoriteit naar een in de Duitstalige Gemeenschap werkzaam consultatiebureau gericht. De adoptanten betalen de desbetreffende kosten tegen het door deze diensten gewoonlijk toegepaste tarief.

HOOFDSTUK VIII. — *Beheer, archivering en inzage van de dossiers*

Art. 16. § 1 - Onverminderd andersluidende bindende bepalingen en met inachtneming van artikel 368-7 van het Burgerlijk Wetboek worden geen inlichtingen m.b.t. een adoptie aan andere centrale autoriteiten in België of in het buitenland schriftelijk toegezonden, anders dan op verzoek ingediend bij het parket of bij de dienst die de bemiddeling van het kind heeft waargenomen.

§ 2. Op schriftelijk verzoek bij de centrale autoriteit kunnen de adoptanten te allen tijde inzage krijgen in de documenten m.b.t. de hen betreffende adoptie; de inlichtingen worden hen slechts in het kader van een in de lokalen van de centrale autoriteit gevoerd gesprek gegeven.

§ 3. Op verzoek van de geadopteerde kunnen hem met toepassing van artikel 368-6 van het Burgerlijk Wetboek, in het kader van een gesprek met de sociale dienst van de centrale autoriteit, inlichtingen verstrekt worden die in het hem betreffende adoptiedossier opgenomen zijn.

De adoptanten worden door de centrale autoriteit over dit verzoek geïnformeerd, voor zover de geadopteerde geen 18 jaar is.

Bij het informatiegesprek kan zich de geadopteerde door een meerderjarige vertrouwenspersoon laten begeleiden.

HOOFDSTUK IX. — *Slotbepalingen*

Art. 17. Dit besluit treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

Art. 18. De Minister bevoegd inzake Sociale Aangelegenheden is belast met de uitvoering van dit besluit.
Eupen, 28 september 2006.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :
De Minister-President, Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Vice-Minister-President, Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme,
B. GENTGES

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

MINISTERE DE LA REGION WALLONNE

F. 2006 — 4685 (2006 — 4358) (2006 — 4358)

[C — 2006/27169]

31 AOUT 2006. — Arrêté du Gouvernement wallon modifiant l'arrêté du Gouvernement wallon du 18 décembre 2003 portant le Code de la Fonction publique wallonne en ce qui concerne les fonctionnaires généraux. — Addendum

L'avis n° 40.223/2 du 28 juin 2006 de la section de législation du Conseil d'Etat ci-joint doit être annexé au rapport au Gouvernement publié dans le *Moniteur belge* du 15 septembre 2006, à la page 47081.

Cet extrait remplace l'extrait publié dans le *Moniteur belge* du 30 octobre 2006, à la page 58323.

AVIS 40.223/2 DE LA SECTION DE LEGISLATION DU CONSEIL D'ETAT

Le Conseil d'Etat, section de législation, deuxième chambre, saisi par le Ministre des Affaires intérieures et de la Fonction publique de la Région wallonne, le 4 avril 2006, d'une demande d'avis sur un projet d'arrêté du Gouvernement wallon "modifiant l'arrêté du Gouvernement wallon du 18 décembre 2003 portant le Code de la fonction publique wallonne en ce qui concerne les fonctionnaires généraux", a donné le 28 juin 2006 l'avis suivant :

Observations générales

Portée de l'arrêté en projet

L'arrêté en projet modifie ou remplace certaines dispositions de l'arrêté du Gouvernement wallon du 18 décembre 2003 portant le Code de la fonction publique wallonne, notamment le Livre II (articles 332 à 369) relatif au régime de mandat pour les fonctionnaires généraux en vigueur dans les services du Gouvernement wallon et dans les organismes auxquels est applicable le décret du 22 janvier 1998 relatif au statut du personnel de certains organismes d'intérêt public relevant de la Région wallonne (1).

Interrogée sur les raisons pour lesquelles le Gouvernement a décidé de modifier le régime des mandats instauré par l'arrêté du 18 décembre 2003, précité, la déléguée du ministre a indiqué deux motifs :

— les procédures instaurées par l'arrêté du 18 décembre 2003, précité, se seraient avérées malaisées à mettre en pratique;

— la Région wallonne aurait voulu tirer les conséquences de l'arrêt Degueldre, n° 142.684 du 25 mars 2005, par lequel le Conseil d'Etat a annulé l'arrêté du Gouvernement de la Communauté française du 27 mars 2003 instaurant un régime de mandats pour les fonctionnaires généraux des services du Gouvernement de la Communauté française, du Conseil supérieur de l'Audiovisuel et des organismes d'intérêt public qui relèvent du comité de secteur XVII.